



**Fraktion
im Rat der Stadt Bochum**

**Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Bochum**

Christian Haardt

**anlässlich der Verabschiedung
des Haushaltes 2017
in der Sitzung des Rates am 8. Dezember 2016**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich vorab den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung in den Fachämtern und der Kämmerei für die geleistete Arbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfes und die Unterstützung bei den Beratungen danken.

Heute also wieder Haushaltsreden.
Reden und anschließend Abstimmungen, wohlgemerkt keine Haushaltsberatungen.

Die Arbeit erledigt man ja in der Regel auch in den Fachausschüssen, hatte ich jedenfalls mal gelernt. Das wird auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, draußen in Podiumsdiskussionen und bei anderen Gelegenheiten gerne erzählt und stimmt ja auch. Die Arbeit wird in den Fachausschüssen gemacht.

So sollte es sein!

Nach diesen Maßstäben, sind Sie schlicht und einfach Arbeitsverweigerer!

Sie haben beispielsweise im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung, im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität und im Ausschuss für Schule und Bildung keinerlei eigene Anträge gestellt, die auf die konkrete Veränderung von Positionen im Haushalt abzielten. Das wäre ja noch in Ordnung, wenn Sie dort keine Veränderungsbedarfe oder -möglichkeiten sehen würden. Aber Sie haben in den Ausschüssen Fragen an die Verwaltung gerichtet, um dann im Haupt- und Finanzausschuss entsprechende Anträge zu stellen.

Haushalt ist handfeste Politik, nur in Zahlen, Kennzahlen und Haushaltsziele gegossen, das ist auch etwas, was ich mal gelernt habe.

Wer Haushaltsberatungen nicht im Fachausschuss führen will, wo ja die jeweiligen Experten aus den Fraktionen sitzen, wo sachkundige Einwohner und Bürger sitzen, der verweigert die Diskussion über handfeste Politik seinen Fachbereich betreffend. Der weigert sich das zu tun, weshalb er hier sitzt. Der weigert sich zu arbeiten.

Aber es ist in Wirklichkeit ja noch schlimmer.

Wer die Diskussion haushaltspolitischer Anträge in den Fachausschüssen ablehnt und auf den Haupt- und Finanzausschuss verschiebt, der vermittelt nach innen und nach außen den Eindruck, dass vorrangig finanzpolitische Aspekte eine Rolle spielen, ob Haushaltspositionen geschaffen oder gestrichen, erhöht oder gekürzt werden. Sie machen den Haupt- und Finanzausschuss damit faktisch zum allzuständigen Ausschuss.

Haushalt ist handfeste Politik, nur in Zahlen gegossen!

Logische Konsequenz wäre eigentlich, alle gesetzlich nicht zwingenden Ausschüsse aufzulösen und deren Zuständigkeiten auf den Haupt- und Finanzausschuss zu übertragen. Das würde übrigens natürlich auch zu Einsparungen führen.

Stattdessen Arbeitsverweigerung in den Fachausschüssen und „Haushaltberatungen light“ besser wäre wohl „oberflächlich“ im Hauptausschuss, dem natürlich auch einzelne Fachpolitiker der unterschiedlichen Bereiche angehören, der aber Haushaltsberatungen naturgemäß nicht in der Tiefe führen kann, wie dies im Fachausschuss geschehen würde.

Für Sie sind offenbar allein fiskalische Gründe ausschlaggebend, welche Positionen in diesem Haushalt Sie mit welchen Mitteln ausstatten. Es geht allein um das Geld.

Wenn ich mir hier das Ergebnis Ihrer Überlegungen ansehe, fühle ich mich an die Überschrift eines Artikels im Kölner Stadt-Anzeiger vom 05.12.2008 erinnert, die wie folgt lautete:

„Hirnforschung: Bei Geld setzt der Verstand aus“

Kommen wir nun vom Verfahren zu den Inhalten.

Lassen Sie mich – Herr Dr. Reinirkens erwartet diese Bemerkung geradezu – im übertragenen Sinne etwas „auf den Busch klopfen“.

Dieser Haushaltsentwurf weist ein Defizit von 85 Millionen aus.

Von einer Verwaltung muss ich eigentlich erwarten, dass man versucht einen Haushaltsentwurf zu präsentieren, der ausgeglichen ist. Davon ist dieser allerdings Lichtjahre entfernt.

Wenn es um dieses Defizit geht, sind bei Ihnen natürlich regelmäßig die Anderen schuld. Die drückenden Altschulden und die nicht übernommenen Flüchtlingskosten gehören mit zu dem, was man regelmäßig hört.

Schauen wir uns das doch einmal genauer an.

Die zusätzlichen Lasten für die Flüchtlinge erschweren die Haushaltssanierung, haben wir von Herrn Dr. Busch erfahren.

Ich will hier zunächst noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass die klebrigen Finger der rot-grünen Landesregierung verhindern, dass die vom Bundestag bereitgestellten Integrationsmittel an die Kommunen, also dahin, wo die Integration stattfindet, weitergeleitet werden. Für Bochum sind das fast 9 Millionen Euro Bundesmittel, die uns vorenthalten werden.

Ich bin mir auch nicht sicher, ob es wirklich redlich ist, alle Kosten, wie etwa für die Beschulung, einzubeziehen. Aber, heute sind wir mal großzügig, Herr Dr. Busch. Stellen wir uns einmal vor, die Kosten würden komplett von außen übernommen, dann läge das Defizit nach Ihren Auskünften um 34 Millionen niedriger.

Die Altschulden, sicherlich ein Problem, aber alles Darlehn, die von Rot oder von Rot-Grün aufgenommen wurden. Glücklicherweise heute niedrig verzinst, was aber kein Verdienst, sondern ein glücklicher Zufall ist. Stellen wir uns also einmal vor, es gäbe sie nicht und rund 36 Millionen Euro Zinsen müssten nicht gezahlt werden.

Tatatataaaa – Wir haben den Ausgleich erreicht!

Oh, nein, wohl doch nicht. Klitzekleine 15 Milliönchen fehlen da noch zum Ausgleich. Zur rot-grünen Null.

Bin gespannt, welche Ausrede Sie dafür parat haben.

Ich habe gerade großzügig gerechnet. Die Realität ist allerdings weniger großzügig. Die von Rot-Grün verantwortete Verschuldung und damit die 36 Millionen, die wir trotz niedriger Zinsen den Banken in den Rachen werfen, sind ebenso Realität wie die klebrigen Finger der rot-grünen Landesregierung bei der Weiterleitung der Integrationshilfen des Bundes.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf lässt aus unserer Sicht die notwendigen Ansätze vermissen, die zu einer echten strukturellen Verbesserung der Haushaltslage der Stadt Bochum beitragen könnten.

Auch eine geordnete Finanzplanung zur Sanierung unserer maroden Infrastruktur ist nicht erkennbar. Da wo es endlich eine Förderung gibt, wie etwa im Schulbereich, droht diese an mangelnden Kapazitäten beziehungsweise fehlenden fertigen Plänen und Konzepten zu scheitern.

Man könnte auch sagen: Es regnet Brei und uns fehlen die Löffel.

Kurzum: Das was uns hier vorliegt, ist weder fiskalisch nachvollziehbar noch nachhaltig oder zukunftsorientiert. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus.

Die CDU-Fraktion wird diesen Haushalt daher ablehnen.